A3NEU2 Freiheit für Julian Assange

Antragsteller*innen:

Antragstext

Am 11. April wurde Julian Assange von der britischen Polizei in der Botschaft Ecuadors in London festgenommen, nachdem das südamerikanische Land durch einen neuen Präsidenten das politische Asyl aufgehoben hatte. Assange war 2012 in die diplomatische Vertretung geflüchtet, um einer Auslieferung nach Schweden bzw. in die USA zuvorzukommen.

Aktuell wird Assange in Auslieferungshaft in dem Londoner Hochsicherheitsgefängnis Belmarsh gefangen gehalten, in dem normalerweise nur Schwerverbrecher einsitzen. Ihm wird der Verstoß gegen Kautionsauflagen vorgeworfen. Unter den Haftbedingungen werden ihm seine Rechte auf Vorbereitung seines juristischen Verfahrens, das am 24. Februar 2020 startet, verwehrt bzw. massiv behindert. So bekommt er nicht genügend Möglichkeiten, sich mit seinen Anwälten auf seine Verteidigung vorzubereiten und auch keine ausreichende Einsicht in die Anklagepunkte.

„Die Enthüllungen von WikiLeaks reichen vom Nachweis der Folter im US-Gefangenenlager Guantánamo über die Aufdeckung massenhafter Steuerhinterziehung von Superreichen und illegaler Überwachungsmaßnahmen bis hin zu den umfassenden Leaks über die Kriegsverbrechen der USA und ihrer Verbündeten im Irak und in Afghanistan. Allein im Irakkrieg hat WikiLeaks 15.000 Tötungen von Zivilisten nachgewiesen, die zuvor vom US-Militär unter Verschluss gehalten worden waren. Hinzu kamen unzählige Einzelheiten über das brutale Vorgehen des US-Militärs gegen Männer, Frauen und Kinder.“[1]

Die US-Regierung drängt auf seine Auslieferung, wo ihm die Todesstrafe oder bis zu 175 Jahre Haft drohen, obwohl Assange lediglich Kriegsverbrechen aufgedeckt hat, er australischer Staatsbürger und der USA gegenüber nicht verpflichtet ist.

Der Gesundheitszustand von Assange ist jedoch sehr bedenklich. Ende November haben 60 Ärzte die umgehende Freilassung von Assange aus medizinischen sowie rechtsstaatlichen Gründen gefordert.[2] Julian Assange wurde in Belmarsh in Isolationshaft gehalten. Nachdem sich Gefangene der Justizanstalt aber für ihn eingesetzten, befindet er sich in der Krankenstation zusammen mit anderen Häftlingen.[3]

Beim Start einer Kampagne des Journalisten Günter Wallraff, zusammen mit dem ehemaligen Innenminister Gerhart Baum (FDP) und dem ehemaligen Bundesaußenminister Sigmar Gabriel (SPD), der Parlamentarierin Sevim Dagdelen (Die LINKE), die mehr als 130 Prominente unterzeichnet haben, wurde auf der Pressekonferenz darauf verwiesen, dass Julian Assange in Haft das Ende des Prozesses nicht überleben würde.[4][5] Auch Grüne Prominente, wie Daniel Cohn-Bendit, Hans-Christian Ströbele, Jürgen Trittin und Antje Vollmer haben die Kampagne unterzeichnet.[6]

Der Menschenrechtsrat der Vereinten Nationen hat festgestellt, dass Assange willkürlich und für unverhältnismäßig lange Zeit seiner Freiheit beraubt worden sei.[7] Nach Prüfung der Haftbedingungen durch den „Sonderberichterstatter der Vereinten Nationen für Folter und andere grausame, unmenschliche oder

erniedrigende Behandlung oder Strafe“ verkündete Nils Melzer am 9. Mai 2019, dass Herr Assange neben körperlichen Beschwerden auch Symptome zeigte, die bei psychologischer Folter typisch sind, einschließlich extremer Belastungen, chronischer Ängste und schwerer psychischer Traumata.[8] "In 20 Jahren Arbeit mit Opfern von Krieg, Gewalt und politischer Verfolgung, so Melzer, habe er noch nie erlebt, dass sich eine Gruppe demokratischer Staaten zusammenschließt, um eine einzelne Person so lange und unter so geringer Berücksichtigung der Menschenwürde und der Rechtsstaatlichkeit bewusst zu isolieren, zu verteufeln und zu missbrauchen."[9]
Assanges Gesundheitszustand erfordert, dass die Haft- und Vollzugsfähigkeit geprüft werden muss, die Teil von Rechtsstaatlichkeit ist.[10]

Bis zum Jahr 2010 genoss Julian Assange als Gründer von Wikileaks eine große Unterstützung für seine Enthüllungen. Dies änderte sich durch einen internationalen Haftbefehl durch Schweden im November 2010[11] aufgrund von Anschuldigungen wegen Vergewaltigung. Die schwedische Justiz hat die Ermittlungen nach 9 Jahren eingestellt.[12] Der Uno-Beauftragte Nils Melzer hat die Aktenlage in Schweden geprüft und spricht in einem ausführlichen Interview der Schweizer Magazin Republik von konstruierter Vergewaltigung und manipulierten Beweisen in Schweden.[13] Er beschreibt den Druck von Großbritannien das Verfahren nicht einzustellen, spricht von befangenen Richtern, auch von Falschbehauptungen gegenüber angeblichen Verstößen von Wikileaks, Inhaftierung und psychologischer Folter - nur weil Assange Kriegsverbrechen aufdeckte. Statt die Verbrechen zu untersuchen, die Julian Assange öffentlich gemacht hat, sitzt er in Haft, unter Bedingungen, die sein Leben bedrohen.

Großbritannien ist auch nach dem Brexit Mitglied der Europaversammlung und bleibt unterzeichnerin des Europäischen Gerichtshofs. Es verpflichtet sich, die höchsten Menschenrechtsstandards aufrecht zu erhalten. Die „Magna Charta Libertatum“ (1215), die “Bill of Rights“ (1689), die “Parliament Acts“ (1911 und 1949), sowie diverse Gerichtsentscheidungen zu Verfassungsfragen sind sehr umfassende Meilensteine in der Verankerung von Freiheit und Menschenrechten. Diese hohen ethischen Grundsätze gebieten es, den Fall Assange nach den entwickelten Rechtsgrundsätzen zu behandeln.

In einem Gesetzentwurf von 2014 hat sich die Grüne Fraktion bereits zum Schutz von Whistleblowern eingesetzt,[14] wobei Assange mit seiner Enthüllungsplattform lediglich eine Veröffentlichung von Informationen betrieb - jedoch kein strafrechtlich relevantes Eindringen in Datenbanken.

In einer Klage vom April 2018 hatte das Nationalkomitee der Demokratischen Partei (DNC) eine Reihe von Behauptungen vorgelegt, die vom US-Gericht zurückgewiesen wurden.[15] "Richter Koeltl, der von Bill Clinton nominiert wurde und zuvor stellvertretender Sonderermittler im Sonderermittlungsausschuss zum Watergateskandal war, wies eine Klage des Nationalkomitees der Demokratischen Partei (DNC) vom April 2018 „rechtskräftig“ zurück. Das DNC behauptete darin, WikiLeaks sei zivilrechtlich haftbar für eine Verschwörung, die es mit der russischen Regierung eingegangen sei, um E-Mails und Daten des DNC zu stehlen und der Öffentlichkeit zuzuspielen.“[16] „Richter Koeltl erklärte, das Argument des DNC, Assange und WikiLeaks hätten „mit der Russischen Föderation konspiriert, um das Material des DNC zu stehlen und zu verbreiten“ decke sich „in keiner Weise mit den Fakten.“ Der Richter erklärte weiter, das Gericht „ist

nicht verpflichtet, abschließende Unterstellungen als Tatsachen zu akzeptieren“ (ebenda).

Insofern ist Assange anders als Snowden kein klassischer Whistleblower. Ende Januar hat sich die Parlamentarische Versammlung des Europarates (PACE) zum Schutz von Journalisten und Julian Assange die Auslieferung des WikiLeaks-Gründers Julian Assange sowie die "unverzügliche Freilassung" des australischen Journalisten gefordert. Die Fraktion hat eine Stellungnahme zur Einhaltung besserer Haftbedingungen abgegeben, die wir begrüßen. „Als Anwalt der Menschenrechte und Vertragsstaat der Europäischen Menschenrechtskonvention stünde es Deutschland gut zu Gesicht, sich bei seinem Partner Großbritannien nach diesen Vorwürfen zu erkundigen“, heißt es in einer Erklärung Stumpps mit der Grünen-Menschenrechts-Expertin Margarete Bause und Rechtsexpertin Manuela Rottmann, die dem RND vorliegt. „Wegzusehen und still zu bleiben ist mutlos.“Zudem steht in der Presseerklärung: "Es gehe nicht darum, Großbritannien die Rechtsstaatlichkeit abzusprechen. Aber Assanges medizinische Versorgung während des Prozesses müsse gewährleistet werden. Maßnahmen zum Schutz seiner Gesundheit seien nötig. „Dazu ist Großbritannien nach dem Übereinkommen gegen Folter und andere grausame, unmenschliche oder erniedrigende Behandlung verpflichtet“, erklärten die Grünen-Politikerinnen."[17]

Es braucht aber noch viel mehr Aktivitäten und Aktionen: Angesichts der Lebensgefahr und der Bedeutung der Pressefreiheit müssen wir als Partei Bündnis 90/ Die Grünen mutiger und stärker in der Öffentlichkeit für die Freiheit von Julian Assange und der Pressefreiheit eintreten. Im Vergleich zur Diskussion um die Rückführung von IS-Gefangenen, denen die Todesstrafe oder schwere Haftbedingungen drohen, legen wir bei bei Gefangenen dieser weltweit gefürchteten Terrororganisation humanistischere Prinzipien zugrunde als bei Assange.

Julian Assanges Auslieferung in die Vereinigten Staaten wäre ein massiver Angriff auf die Pressefreiheit, die weitere Kreise nach sich ziehen würde – wie sich bereits bei Glenn Greenwald in Brasilien abzeichnete.[18] Die Rechte und Freiheiten unserer Zivilgesellschaft müssen täglich neu verteidigt und behauptet werden. Der Kampf für die Freiheit von Julian Assange ist daher auch ein Kampf für die Pressefreiheit im 21. Jahrhundert.

Forderungen
Als BAG fordern wir die gesamte Partei Bündnis90/Die Grünen auf sich auf verschiedenen Ebenen für die Freilassung bzw. das Wohlergehen Julian Assanges und dem Einhalten seiner Rechte einzusetzen. Die Verantwortung, sich für Assange einzusetzen, kann nicht nur eine Frage von Fachexperten bleiben, sondern erfordert das Einstehen der gesamten Partei.

Dabei soll sich die Fraktion für ein Eintreten der Bundesregierung für dessen Freilassung einsetzen, um den bekanntgewordenen Rechtsverletzungen gegenüber Assange nachzugehen bzw. Missstände anzusprechen und dafür einzutreten, diese Verletzungen zu beseitigen. Dies kann die Fraktion auch durch Kontakte nach Großbritannien zu Abgeordneten verschiedener Parteien selbst in die Hand nehmen. Sowohl die Regierung als auch die Fraktion kann sich den Forderungen australischer Abgeordneter anschließen und diese unterstützen.

Wir fordern dabei die Einhaltung sämtlicher Rechtsstaatsprinzipien und den Schutz des Lebens von Assange sowie die Gewährleistung von ärztlicher Versorgung. Dazu zählen u.a. folgende Punkte:

- die Prüfung seiner Haft- und Vollzugsfähigkeit, ggf. Haftentlassung unter Kautionsauflagen
- die Gewährleistung von Verteidigungsrechten sowie die Vorbereitung auf das Verteidigungsverfahren, besonders auch die Zustellung der Anklageschrift
- Anwaltsrechte der Verteidigung sowie andere Formen von Einschüchterungen oder Verletzungen seines Unterstützungsumfeldes sind zu schützen.
- Es darf keine Auslieferung aufgrund der Gefahr von Leib und Leben geben: bei Bedarf Aufnahmebereitschaft und Gewährung von Schutz

Forderungen für die Allgemeinheit
Der Fall Julian Assange ist ein Präzedenzfall, der uns aufzeigt, dass nicht nur seine persönlichen Rechte in Gefahr sind, sondern auch generell erworbene Grund- bzw. Menschenrechte bedroht werden, wenn Verbrechen von Staaten aufgedeckt werden. Sollte es den USA gelingen, Julian Assange ausgeliefert zu bekommen und ihn zu verurteilen, kann dies Journalisten und Whistleblower auf der ganzen Welt zum Schweigen bringen. Aufklärung bzw. der Umgang mit kritischen Journalist*innen und ihren Quellen, darf daher nicht kriminalisiert werden oder zu neuen Formen von Hexenprozessen führen.

- Wir fordern die Verteidigung unserer Rechtsprinzipien, den Schutz von Medien und der Freiheiten, insbesondere der Pressefreiheit,
- Wir fordern den Schutz von Whistleblower*innen sowie von Informant*innen, die ein hohes Risiko eingehen, wenn sie der Öffentlichkeit brisante Informationen zukommen lassen, die von Akteuren des Staates oder anderen Organisationen vertuscht werden.
  Dazu gehören nicht nur klassische Zeitungen und Medien, sondern auch Informationsplattformen wie WikiLeaks oder auch The Intercept, Social-Media-Aktivisten etc. Der Versuch einer engstirnigen Ausgrenzung von Seiten wie Wikileaks missachten dabei bewusst innovative Entwicklungen.
- Auch für Menschen mit anderer Staatsangehörigkeit gelten Schutz- und Menschenrechte sowie Pressefreiheit – diese Rechte dürfen nicht aberkannt werden.
- Bisher galt das Denken, dass gravierende Verletzungen von rechtsstaatlichen Prinzipien, Freiheiten und Menschenrechten in Demokratien kaum möglich sind. Der Fall Assange zeigt jedoch, dass wir bei bestimmten Grenzfällen neue Schutzregelungen für Menschen brauchen, die das unethische Verhalten von Regierungen und Unternehmen enthüllen, Missbrauch aufdecken und unsere Prinzipien verteidigen. Diese Menschen haben ein Anspruch auf Schutz - auch bei demokratischen Staaten, die ansonsten rechtstaatlichen Prinzipien verpflichtet sind.

Darüber hinaus können wir uns auch für die Vergabe des Friedensnobelpreises an Julian Assange, Chelsea Manning und Edward Snowden einsetzen. Sie erfüllen alle

Kriterien für den Friedensnobelpreis und haben sich unter hohen Risiken dazu entschlossen geheime Informationen über Kriegsverbrechen zu veröffentlichen. Wir erkennen Zusammenhängen zwischen der Ausbeutung von Ressourcen und der Verwüstung durch Kriege sowie neue Gefahren von Cyberspionage, wie bei den Enthüllungen von Snowden.

Die Partei kann dazu vielfältige Aktivitäten in Form von Infoständen, Informations- und Diskussionsabenden organisieren sowie Aufklärung betreiben.

-

Links

[1]http://blog.globale-gleichheit.de/?p=6443

[2]https://www.spiegel.de/politik/ausland/julian-assange-aerzte-sorgen-sich-um-gesundheit-von-wikileaks-gruender-a-1298050.html

[3]https://twitter.com/DEAcampaign

[4]https://www.youtube.com/watch?v=Tit_Zr4fBJA&feature=youtu.be siehe min. 50:24

[5]https://www.heise.de/tp/features/Assange-helfen-aber-wie-4654718.html

[6]https://assange-helfen.de/

[7]https://www.welt.de/newsticker/news2/article192885737/Justiz-UN-Arbeitsgruppe-verurteilt-Haftstrafe-fuer-Assange-als-unverhaeltnismaessig.html

[8]https://www.ohchr.org/EN/NewsEvents/Pages/DisplayNews.aspx?NewsID=24665&LangI--D=E

[9]https://www.daserste.de/information/wissen-kultur/ttt/sendung/folter-assange-100.html

[10]https://www.aerzteblatt.de/archiv/36173/Problematik-der-Gewahrsamstauglichkeit

[11]https://www.bbc.com/news/world-europe-11803703

[12]https://www.tagesschau.de/ausland/assange-229.html

[13]https://www.republik.ch/2020/01/31/nils-melzer-spricht-ueber-wikileaks-gruender-julian-assange

[14]http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/18/030/1803039.pdf

[15]https://abcnews.go.com/Politics/federal-judge-dismisses-dnc-suit-russia-trump-campaign/story?id=64664813. Man beachte auch den Hinweis auf den Mueller-Report, „dass die 22-monatige Untersuchung keine kriminelle Verschwörung zwischen der Kampagne und den Russen nachgewiesen habe“.

[16]https://www.wsws.org/de/articles/2019/08/02/assa-a02-1.html

[17]https://www.rnd.de/politik/fall-assange-grune-werfen-regierung-feigheit-vor-KQ6HKTHJVFFFRCIIQBYVHUELME.html

[18]https://www.tagesschau.de/ausland/greenwald-anklage-103.html